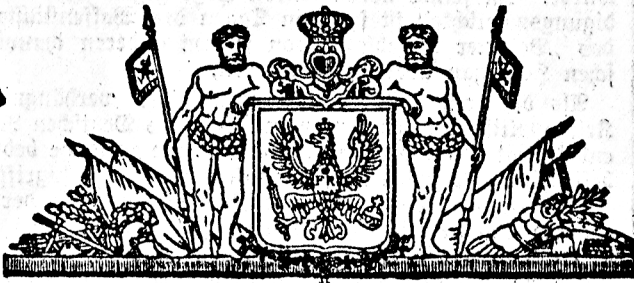


# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Vorantw. Redakteur (m. Aun. d. Handl.-st.): Jul. Elbau, Berlin, Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11850 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

## Ablehnende Antwort aus Washington.

### Aufforderung zu unmittelbaren Vorschlägen an die Entente.

Der amerikanische Kommissar in Berlin, Drefel, hat heute vormittag 12 Uhr dem Minister des Auswärtigen Dr. Simons einen Besuch abgestattet und ihm folgende amerikanische Note überreicht:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten hat das Memorandum betreffend die Reparationsfragen erhalten, das Dr. Simons dem Kommissar der Vereinigten Staaten am 24. April übergeben hat. Zur Antwort erklärt diese Regierung, daß sie sich außerstande findet, zu dem Schlusse zu gelangen, daß diese Vorschläge eine für die alliierten Regierungen annehmbare Grundlage der Erörterung bilden. Diese Regierung drückt daher wiederholt ihren ernststen Wunsch nach einer raschen Regelung dieser Lebensfrage aus und legt der deutschen Regierung nahe, sofort den alliierten Regierungen klare, bestimmte, zweckentsprechende Vorschläge unmittelbar zu machen, die in jeder Beziehung ihren angemessenen (lust) Verpflichtungen gerecht werden.“

\*

Wie wir hören, wird das Reichskabinett sich in einer heute nachmittag 3 Uhr stattfindenden Sitzung mit der amerikanischen Antwortnote beschäftigen. Der Auswärtige Ausschuss wird morgen nachmittag zu dem gleichen Zweck zusammentreten.

Eine Mitteilung über das Ergebnis der Londoner Konferenz wird im Laufe des Tages erwartet.

\*

Nach englischen und amerikanischen Berichten sollte, wie im heutigen Morgenblatt mitgeteilt wurde, eine neue Note mit modifizierten deutschen Vorschlägen nach Washington abgegangen sein. Diese Meldungen entsprechen nach unseren Informationen nicht den Tatsachen. Sie dürften darauf zurückzuführen sein, daß der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Drefel, vor einigen Tagen eine Unterredung mit Minister Simons hatte. Vielleicht hat Herr Drefel über diese Unterredung nach Washington berichtet, woraus dann das Gerücht eine deutsche Note gemacht hat. Tatsächlich ist außer der Richtigstellung und Erläuterung des ersten Ar-

titels unserer Reparationsnote, die Klarstellte, daß unser Angebot von 50 bzw. 200 Milliarden ein Alternationsangebot sei, keinerlei deutsche Note nach Washington gesandt worden.

### Noch nicht zu spät für deutsche Angebote.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

17 London, 3. Mai.

Im Unterhaus erklärte der Minister des Innern Chortt anlässlich der Antwort an Berlin, jedes rein deutsche Angebot würde sorgfältig in Erwägung gezogen werden.

Die „Times“ melden aus Washington: Präsident Harding und das Staatsdepartement haben die Bedingungen, die Deutschland in seinem Appell andot, als ungeeignet zur Uebermittlung an die alliierten Regierungen angesehen. Wird Deutschland jetzt endlich einsehen, daß sein Vorgehen in den letzten zweieinhalb Jahren ein allmählicher Selbstmord ist? Wahrscheinlich nicht. Es ist jetzt klar, daß die einzige wirkliche Hoffnung für Deutschland in „ehrllichem Auftreten gegenüber den Gläubigern“ und in dem Verzicht auf „die Kniffe des betrügerischen Bankrotts“ besteht, die Deutschland bisher angewendet hat. Die Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Beziehungen in Europa ist für die Gesundung der ganzen Welt notwendig, aber für Deutschland noch mehr als für die anderen Großmächte. Deutschland verschiebt seinen Wiederaufbau zu seinem eigenen unschätzbaren Nachteil. Wenn Deutschland dem zielbewußten Beispiel Frankreichs im Jahre 1871 folgte und die Alliierten zufrieden stellte, ebenso wie Frankreich damals Bismarck befriedigt hat, so würden diese eher geneigt sein, Deutschland mit Nachsicht zu behandeln. Wenn Deutschland dagegen in seiner bisherigen Haltung beharrt, müssen die Alliierten mißtrauisch werden und Sicherheitsmaßnahmen treffen, um die ihnen geschuldeten Summen zu sichern.

„Daily Telegraph“ schreibt: Noch im letzten Augenblick sollten Vernunft und Mäßigung vorwiegen. Ein direktes Angebot, das von dem nach Washington gesandten sehr verschieden sein müßte, sollte dem Rat der Alliierten vorgelegt werden. Vielleicht geschieht das noch. Wir können nicht behaupten, daß wir sehr optimistisch sind. Gibt es denn keine einflussreiche Gruppe oder Partei in Deutschland, die der Wahrheit ins Auge sehen und das Land aus dem Fiebertraum herausreißen kann, von dem es befallen ist? (Siehe auch vierte Seite.)

## Verleumder.

Das „Berliner Tageblatt“ hat, wie bereits berichtet, vor einigen Tagen den Vorwurf der Indiskretion gegen die „Wossische Zeitung“ aus Anlaß der Veröffentlichung über das Rücktrittsgesuch des Außenministers Dr. Simons erhoben. Auf unsere Entgegnung antwortet das Tageblatt heute morgen mit einem Angriff, der sich gleichzeitig gegen den Verlag und die Redaktion der „Wossischen Zeitung“ richtet. Das Tageblatt zitiert einen Brief, der von einem geschäftlichen Angestellten des Hauses verfaßt wurde. Da weder die Redaktion in ihrer Gesamtheit noch ich persönlich auf die geschäftlichen Maßnahmen des Verlages Einfluß besitzen, so enthalte ich mich hier jeder Äußerung über diesen Brief und verweise die Leser auf die ausführliche Darstellung, die an anderer Stelle dieses Blattes der Verlag darüber gibt. Da die Darstellung des Tageblattes aber darauf hinausläuft, den Eindruck zu erwecken, daß der Verlag aus Geschäftsgründen die politische Haltung der „Wossischen Zeitung“ beeinflusse, so halte ich es für meine Ehrenpflicht, dieser Behauptung auf das entschiedenste entgegenzutreten. Dem Chefredakteur und den prominenten Mitgliedern des Verlages Mosse ist ganz genau bekannt, daß der Verlag der „Wossischen Zeitung“ keinerlei Initiative in bezug auf die politische Haltung der „Wossischen Zeitung“ ausübt. Die Herren wissen vielmehr, daß hier der in der deutschen Zeitungsgeschichte leider recht seltene Fall vorliegt, wo ein Verlag seinem Chefredakteur die volle Freiheit politisch-journalistischer Betätigung, ohne Rücksicht auf finanzielle Opfer, gewährt, weil er glaubt, dessen persönlicher Bestigkeit freie Entfaltung ermöglichen zu sollen. Ich wünsche allen journalistischen Kollegen im Reich, daß sie in dieser Beziehung ihren Verlegern ebenso zu Dank verpflichtet wären, wie ich es bin.

Nach diesem — allerdings stark mißglückten Versuch — des „Berliner Tageblattes“, den Verlag der „Wossischen Zeitung“ geschäftlich und politisch zu diskreditieren, wendet sich das Blatt mit folgenden Sätzen gegen unsere politische Haltung:

„Die „Wossische Zeitung“ ist wirklich bemüht, auf Frankreich die notwendigen Rücksichten zu nehmen, und sie geht darin sogar außerordentlich weit. Auch die Indiskretion über das Abschiedsgesuch des Herrn Dr. Simons ist dafür nur ein neuer Beweis. Der durch seine vielfachen Wandlungen bekannte Herr Bernhard, der die „Wossische Zeitung“ leitet, hat es ungemein ungünstig aufgenommen, daß Dr. Simons und die Reichsregierung sich an den Präsidenten Harding nach Washington gewendet haben. Dieser Schritt mißfiel der französischen Regierung sehr und darum der „Wossischen Zeitung“ ebenfalls. Einen Minister, der so wenig die notwendigen Rücksichten nimmt, mußte man zu stürzen versuchen, und wenn möglich, noch bevor in London die Konferenz zwischen Briand und Lloyd George begann. Nachdem Herr Bernhard konstatiert hatte, daß Dr. Simons nicht bereit sei, sich den Wünschen Frankreichs zu unterwerfen und auch nicht die Pariser Beschlüsse anzunehmen, ließ er die Mitteilungen über das Rücktrittsgesuch des Außenministers erscheinen, in der Hoffnung, den Ausbruch der Krise zu beschleunigen und den Minister sofort zu Fall zu bringen. Die „Wossische Zeitung“ beruft sich darauf, die „zuständigste Stelle“ habe gegen die Veröffentlichung nichts einzuwenden gehabt. Sie legt offenbar eine Geste der Gleichgültigkeit nach ihrem Gefallen aus.“

In diesen Sätzen liegt ganz unumwunden die Behauptung, daß die „Wossische Zeitung“ aus Rücksicht auf Frankreich das Kabinett Fehrenbach oder den Minister Simons zu stürzen beabsichtige. Diese Behauptung betrachte ich als eine schwere Ehrenkränkung für die Redaktion und für mich. Es wird hier endlich einmal in präziser Form eine Verleumdung veröffentlicht, die seit Monaten mehr oder weniger verstreut in allen möglichen Konventikeln gegen die „Wossische Zeitung“ herumgetragen worden ist. Ich begrüße deshalb die Gelegenheit dankbar, nunmehr von den Verleumdern den Beweis für ihre Verdächtigungen erzwingen zu können. Es wird dem „Berliner Tageblatt“ Gelegenheit gegeben werden, vor Gericht seine Behauptungen zu erhärten, es wird dort auch über die geschäftlichen Motive des Blattes und über die politischen Beweggründe seiner Hintermänner zu sprechen sein.

In dem Schlußsatz des oben wiedergegebenen Zitats äußert sich das „Tageblatt“ in einer Weise über die Darstellung, die ich hier neulich bereits andeutungsweise über die Vorgeschichte unserer Veröffentlichung der Kabinettsliste gegeben habe, die mich nunmehr zwingt, die bisher geübte Zurückhaltung fallen zu lassen. Mit ihrer weiteren Aufrechterhaltung würde ich nur der Absicht des „Tageblattes“ nützen, das, wie ich nach seinen Bemerkungen annehmen muß, in voller Kenntnis der Tatsachen im Gegensatz zur Wahrheit sich nach wie vor bemüht, die Veröffentlichung der „Wossischen Zeitung“ als eine das Vaterland schädigende Indiskretion hinzustellen.

Das Abschiedsgesuch des Ministers Dr. Simons war der „Wossischen Zeitung“ sofort nach dessen Ueberreichung bekannt geworden. Wir hielten die Vorgänge zunächst nicht für geeignet, sie zu veröffentlichen und dachten an die Publizierung erst, als die außenpolitische Situation sie uns zu erfordern schien. In der Redaktionsbesprechung schien aber von einem Teil der Redaktionsmitglieder auch jetzt noch der Nachteil einer Veröffentlichung größer als der Vorteil. Einer unserer Kollegen setzte sich daraufhin auftragsgemäß mit einer Per-

## Polnischer Aufstand in Oberschlesien.

### Alle Verbindungen unterbrochen.

(Drahtbericht der „Wossischen Zeitung“.)

17 Breslau, 3. Mai.

Das seit langem Befürchtete hat sich heute nacht vollzogen. Seit 8 Uhr ist Oberschlesien ohne jede Telephonverbindung. Heute früh 7 Uhr glückte es mir, mit Deuthen Verbindung zu erlangen. Nach Meldungen von dort sind in den frühen Morgenstunden in Kattowitz Stadt und Land, Deuthen Stadt und Land und in dem östlichen Teil des Landkreises Gleiwitz stark bewaffnete polnische Zivilistenbanden aufgetaucht. Kattowitz wurde von den Polen später wieder geräumt. Deuthen ist noch besetzt. Schulen und Geschäfte sind geschlossen, die Straßenbahnstränge durchschnitten, der Eisenbahnverkehr unterbrochen. Auf den Straßen patrouillieren polnische bewaffnete Zivilisten. Bewachungstruppen sind noch nicht eingeschritten. Die ganze Nacht hindurch hörte man in der Umgebung der Stadt lebhaftes Gewehrfeuer.

In der Stadt Gleiwitz ist es ruhig, dort hat die deutsche Abtinnungspolizei die Oberhand. Die Polen haben sich in der Artilleriekaserne verschanzt. Besetzungstruppen sind im Augenblick dabei, die Kasernen zu säubern. In der Umgebung von Gleiwitz haben sich in den ländlichen Bezirken Gewalttaten gegen Deutsche ereignet. Auch aus dem Kreise Rybnik kommen Meldungen von Tumulten und Ausschreitungen. In Czuch wurden zwölf Deutsche niedergemetzelt.

### Schwere Ausschreitungen.

Die Lage in Oberschlesien hat in der vergangenen Nacht eine außerordentliche Verschärfung erfahren. Der Streik der Grubenarbeiter hat sich — planmäßig — zum offenen polnischen Aufstand entwickelt, das Aufstandsgebiet reicht — nach den vorliegenden Nachrichten — von der deutsch-polnischen Grenze bis zur Oder. Streikende polnische Grubenarbeiter haben sich bewaffnet. Solols

nehmen an dem Aufstand teil, der zu der Besetzung mehrerer Städte und einer größeren Zahl kleinerer Ortschaften durch bewaffnete Banden geführt hat. Reguläre polnische Truppen sind entgegen anderslautenden Nachrichten unter den Aufständischen bisher noch nicht festgestellt worden. Es ist sicherlich kein Zufall, daß der Aufstand am 3. Mai, dem Kosziuszkotage, dem großen polnischen Nationalfeiertage, seinen Anfang genommen hat. Da seit heute früh die telephonischen Verbindungen mit Oberschlesien gestört sind, läßt sich der volle Umfang des Aufstandes noch nicht übersehen, es ist in mehreren Orten zu schweren blutigen Ausschreitungen gegen deutsche Bewohner, zu Mord und Plünderungen gekommen.

### Besserung der Lage.

17 Breslau, 3. Mai.

Am die Mittagsstunde ist in Deuthen und Kattowitz eine Entspannung zu verzeichnen. Die polnischen Putschisten haben endgültig diese beiden Städte verlassen. In Kattowitz kam es zu einem Kampf zwischen den französischen Besatzungstruppen und polnischen Insurgenten, die nach einer französischen Meldung nach Dypeln nicht uniformiert waren. Den Insurgenten wurden 300 Gewehre abgenommen und die Banden selbst zerstreut.

Nach umgehenden Gerüchten soll auch reguläres polnisches Militär an verschiedenen Stellen die ober-schlesische Grenze überschritten haben, eine Bestätigung liegt jedoch nicht vor. Der gestern begonnene Streik ist nunmehr in allen Betrieben allgemein und beschränkt sich nicht mehr bloß auf die Grubenbezirke.

Die Interalliierte Kommission hat über die Kreise Deuthen-Stadt und Land, Kattowitz-Stadt und Land, Hindenburg, Tarnowitz, Kattbor, Rybnik und Pleß den Besatzungszustand verhängt und eine Proklamation erlassen, in der sie schärfstes Vorgehen gegen die Banden verspricht. Die örtlichen Vertretungen haben die Ausführer aufgefordert, in kurzer Zeit die Ortschaften zu räumen. (Siehe auch vierte Seite.)